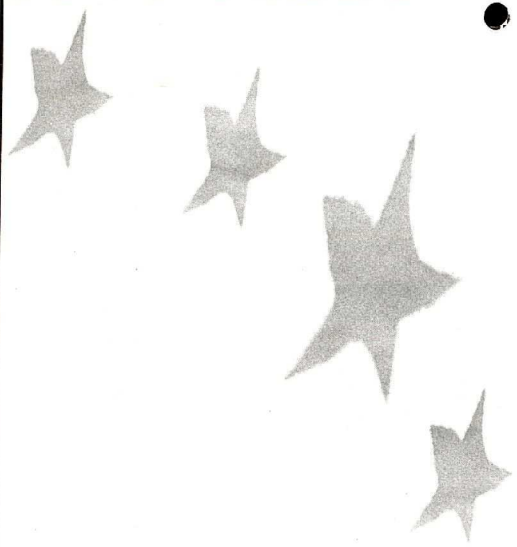




Denkzettel, aber von links!

SOV - Sozialistische Offensive Vorwärts
Österreichische Sekundäre CWI/ICL
Kaiserstraße 14/11, A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: so@gnix.at

International gegen Sozialabbau



**Nein zum Europa der
Konzerne!
Ja zum Europa
der ArbeitnehmerInnen!**

Europawahl am 13. Oktober

Vor dem EU-Beitritt haben SPÖ und ÖVP das Blaue vom Himmel versprochen. Es würden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Soziale und ökologische Standards würden gehalten oder sogar verbessert. Und nun? Rekordarbeitslosigkeit - Sparpakete - Genmanipulierte Nahrungsmittel! "Uns schlägt der blanke Hass der Bevölkerung entgegen" (ein ÖVP-Politiker). Einer darf davon nicht profitieren: Jörg Haider. Deshalb treten wir am 13. Oktober als linke Alternative an.

von Sonja Grusch,
SOV-Kandidatin für das
Europäische Parlament

Vranitzky vorher: "Wenn wir nicht beitreten, müssen wir Steuern erhöhen". Nachher: Sparpakete 1 und 2. Frauen wurde das Karenzgeld gekürzt, Arbeitslose um die Notstandshilfe gebracht, SchülerInnen und StudentInnen die Zukunft gestohlen.

Denkzettel für Sozialabbauer

Die Steuern, vor allem für KleinverdienerInnen, wurden erhöht, und wer das Pech hat, krank zu sein, muß noch mehr zahlen. Keine dieser Maßnahmen trifft die Vranitzkys und Schüssels, die mit ihren Spitzenghältern jeden Bezug zur Realität eines normalen Menschen verloren haben. Gleichzeitig sind rund eine Million Menschen in Österreich akut von Armut bedroht.

Denkzettel für Jobkiller

Die Arbeitslosigkeit erreicht Spitzenwerte. Durch Ausgliederungen, Verlagerungen und Schließungen gehen Jahr für Jahr zehntausende Jobs für immer verloren. Die Arbeitsämter versuchen nun, rund 10 % der Langzeitarbeitslosen um ihre Notstandshilfe zu bringen. Die Jobs, die geschaffen werden, sind Teilzeitarbeitsplätze oder Stellen für geringfügig Beschäftigte. Die Unternehmer nutzen das, um von den Beschäftigten Lohnkürzungen, unbezahlte Mehrarbeit und Verschlechterungen der Sozialleistungen zu erpressen.

Denkzettel für die kapitalistische EU

Die EU bzw. der Vertrag von Maastricht werden geschaffen, um Profitmachen zu erleichtern. Durch die immer schärfere Konkurrenz vom NAFTA-Block, unter Führung der USA, und aus Südostasien mit Japan an der Spitze wird es für die europäischen Kapitalisten enger. Sie haben sich daher zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die europäischen ArbeitnehmerInnen vorzugehen. Offiziell geht es in der EU auch um Sozialpolitik, Sicherheit und Umweltschutz. Tatsächlich werden die Beschäftigten der verschiedenen Standorte gegeneinander ausgespielt - wie jetzt bei Semperit und Grundig. Der britische Premier Major meint: "Soziale Mindeststandards bringen der Wirtschaft nur einen Wettbewerbsnachteil gegen USA und Japan." Die EU soll die Wettbewerbsbedingungen für das Kapital herstellen: auf Kosten der Masse der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.

Denkzettel für die blaue Scheinopposition

Jörg Haider will von der Wut der Menschen über den großen Betrug profitieren. Er stellt sich als Vertreter der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen, als Bewahrer der österreichischer Wirtschaft dar. Der Millionär Haider ist aber selbst ein Ober-Sozialabbauer. Patriot Haider? Seine Wahlkampfvideos werden in südostasiatischen Billiglohnländern hergestellt. Er will die Frauen zurück an den Herd, die AusländerInnen aus dem Land und die Linken auf den

Mond schicken. Er tritt ein für Arbeitsdienst, für Lohnkürzungen in Niedriglohnbranchen, Steuererleichterungen für Reiche und totale Streichung von Sozialleistungen. Er steht für ein Programm von Angriffen, welches noch weit über den momentanen Sozialabbau hinausreicht.

Am 13. Oktober - SOV

Neu ist bei diesen Wahlen, daß für viele ArbeitnehmerInnen die SPÖ - wegen ihrer Sozialabbau- und EU-Politik - völlig unwählbar ist. Es ist richtig, der Regierung und der SPÖ-Führung eine Watsch'n - wie sie SPÖ-Kandidat Ettl befürchtet - zu verpassen. Die SOV kandidiert daher am 13. Oktober gemeinsam mit der KPÖ. Wir wissen, daß wir eine kleine Kraft sind und momentan nur begrenzte Unterstützung erhalten werden. Aber wir zeigen, daß Widerstand möglich ist. In anderen Ländern hat es schon offenen Protest gegen die Maastricht-EU gegeben. In Frankreich, Belgien, Deutschland, Schweden... haben ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendliche und PensionistInnen gezeigt, wie's geht. Links zu wählen ist nicht genug - es ist notwendig, auch über den 13. Oktober hinaus, Widerstand zu organisieren und europaweit zu vernetzen!

Semperit

**International
gegen
Sozialabbau!**

Zypern

Der Standpunkt

Warum kandidiert die SOV mit der KPÖ?

In der letzten Vorwärts-Nummer hat die Bundesleitung der SOV einen Aufruf zur Bildung eines linken Wahlbündnisses für die Europaparlamentswahl veröffentlicht. Die Reaktion: Nur die KPÖ antwortete. Das Ergebnis: Am 13. Oktober wird bundesweit eine linke Alternative - ein Bündnis aus KPÖ und SOV, unterstützt von JRE und der ÖDP - angetreten. Die Vereinbarung zwischen KPÖ und SOV ist ein organisatorischer Kompromiss: "Kleinkram" (was-wann-wo wie zu tun ist) spielt in den Sphären "konkreter Politik" - was ein Wahlkampf wohl ist - eine große Rolle. Trotzdem sind die politischen Hintergründe, Positionen und Erwartungen wesentlichler.



von John Evers

SOV-Position zur KPÖ

Die KPÖ ist heute eine schwache, isolierte und überalterte Partei. Sie ist trotzdem die relativ stärkste Kraft auf der Linken. Sie ist eine Partei, die - historisch wie aktuell - mit vielen Widersprüchen behaftet ist: 1918 als revolutionäre Organisation gegründet, wurde sie - wie alle KPn - in den 20er und 30er Jahren "realistischer" und verteidigte bis zum bitteren Ende die Politik der jeweiligen Krumführung. Sie konnte, außer zwischen 1934 und 1945, niemals wirklich Einfluß gewinnen und verspielte viele mögliche Ansatzpunkte dafür. Nichtsdestotrotz: KPÖ-Mitglieder leisteten den höchsten Blutzoll im Kampf gegen den Faschismus. In der Geschichte der Zweiten Republik waren es oft "kleine" KP-Funktionäre, die in den Betrieben und Gemeinden den einzigen Ansatzpunkt einer linken Opposition darstellten. Die KPÖ vertritt zur EU zwei - unserer Meinung nach sich widersprechende - Positionen. Einerseits: Raus aus der EU, für die Unabhängigkeit Österreichs, nationale Handlungsspielräume wiedererlangen etc. - wir finden an dieser Linie nichts Fortschrittliches oder gar spezifisch Kommunistisches. All diese strategischen Forderungen werden auch von rechten Gruppen erhoben. Zurecht, denn sie stellen die Gegensätze zwischen Nationen und Nationalstaaten über jene zwischen den Klassen. Dies ist ein rückwärtsgewandtes, nicht sehr realistisches Konzept, welches die - tatsächlich überhaupt nicht heile Welt - der Vergangenheit wiederherstellen möchte.

Politischer Konsens

Andererseits fordert die KPÖ, daß Arbeitnehmer und Jugendliche über alle Grenzen hinweg "International gegen Sozialabbau" vorgehen müssen. Auf dieser Basis, gegen die globalen Unternehmensstrategien aufzutreten, ist es gelungen, zwischen KPÖ und SOV einen politischen Konsens zu erreichen. Sowohl KPÖ als auch SOV sind darüber hinaus der Überzeugung, daß es notwendig ist, ins politische Geschehen aktiv einzugreifen und bei den Wahlen am 13. Oktober eine linke Alternative anzubieten. Organisatorischer Kompromiss und politischer Konsens über eine gemeinsame Wahlkampagne haben das Projekt eines Wahlbündnisses zwischen zwei sehr unterschiedlichen Organisationen ermöglicht. Wir bekennen uns dazu, mit jedem, der bereit ist, sich an der notwendigen Neuformierung der österreichischen Linken zu beteiligen, zusammenzuarbeiten. Wie sehr die KPÖ dazu bereit ist, gilt es am 14. Oktober Bilanz zu ziehen.

Wiener Wahlen

Schluß mit der Hetze!

Die Wiener Gemeinderatswahlen werden, wie zu erwarten, wieder von einem Thema überschattet sein: der AusländerInnenhetze. Kein Tag vergeht, kein Bezirksforum erscheint, in dem die FPÖ nicht ihre Propaganda von „Überfremdung“ und „multikrimineller Gesellschaft“ auf die Spitze treibt.

von David Mum, SOV-Bundesleiter

Die Wiener SPÖ präsentiert sich mit zwei Punkten: 1) Staatsvertrag wie nie zuvor - Motto: "Wir oder das Chaos"; 2) "Wir sind in der Ausländerfrage und bei der Sicherheitspolitik der bessere Haider".

Der bessere Haider?

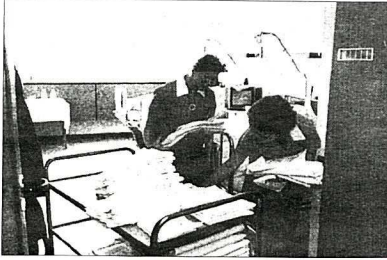
Sie tut das ungeachtet der Tatsache, daß sie so schon einige Wahlgänge verloren hat, bei denen die Fler kräftig zugelegt haben. Die Wiener SPÖ-Spitze glaubt, es reiche aus, sich in manchen Fragen - wie der Krankengleichgebühr - als sozialer und grundsätzlicher als die Bundespartei darzustellen - und dem SP-Parquet zustimmen. Sie will die F stoppen, indem sie ausländerfeindliche Politik im Wahlkampf verstärkt. Die von der SPÖ kontrollierte Stadtverwaltung - insbesondere die MA 62 - legt eine vollkommen willkürliche Praxis (wie nie zuvor) an den Tag. Seit Jahren hier lebende AusländerInnen werden schikaniert und ausgewiesen. Stadtrat Johann Hatzl ist von der Notwendigkeit, Kinder abzuschreiben, überzeugt und tritt für die Abschreibung wegen Schnellfahrens oder Falschparkens ein, weil hier "mangelnder Integrationswille" vorliege.

Impressum: Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offizielle Wienzeitung, 7. Kollaterale, 10410 Wien, Druck: Österr. Anst. f. Verlags- u. Vertriebswesen, 1040 Wien, Verlagsagentur: 2011 Herausgeber und Verleger: Wien

Gesundheitswesen: Einführung der Krankenschein-Gebühr

Selbstbehalt = Sozialabbau

Die Gesundheit der Menschen kostet zweifelt. Nein. Nicht die Gesundheit aller Menschen. Wir reden hier von der Gesundheit der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien, die der gesetzlichen Pflichtversicherung unterliegen. Die Krankenschein-Überhebungen der ASVG sind pleite und überleben nur durch staatliche Subventionen - die ja auch aus Steuern der ArbeitnehmerInnen bezahlt werden. Also wird die Forderung nach Einführung neuer Selbstbehalte im Gesundheitswesen immer stärker vorgebracht.



von Thomas Kerschbaum, Personalvertreter in der Gemeinde Wien

Von wem? Von der Koalitionsregierung SPÖ-ÖVP, von FPÖ und LiF, der Bundeswirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung. Grundsätzlich ist das System der Krankenversicherung - ganz auf Sozialpartnerschaft zugeschnitten - so gedacht, daß die finanziellen Lasten zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite aufgeteilt sind. Allerdings stimmt dies nicht mit der Realität überein.

Wir sollen zahlen

Neben den vielen Selbstbehalten, die es schon jetzt gibt - wie die Gebühr für Medikamente (die erhöht wurde) und das Taggeld im Spital - kommt ab 1997 die Krankenscheingebühr von 50 Schilling. Der ÖGB und die Wiener SPÖ streben eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge an, die dann auch die Unternehmer betroffen hätte. Doch die ÖVP und die Arbeitgeberverbände setzen sich durch: Mehr und höhere Selbstbehalte! Die ÖVP verweigert die Selbstbe-

halte so: Bessere Steuerung des Gesundheitswesens, weil die ArbeitnehmerInnen und ihre Familienmitglieder sich jetzt genauer überlegen, ob ein Arztbesuch nötig ist. Es sind aber nicht nur die Selbstbehalte: Regierung und Krankenkassen bauen durch verschiedene Maßnahmen - wie Verschärfung der Chefarzt-Pflicht für viele Behandlungen, verstärkte Kontrolle bei Krankentrassen, Verteuerung der Leistungen des Gesundheitswesens, Reduzierung der Leistungen der Krankenkassen - neue, immer höhere Hürden für die PatientInnen ein.

Geld der Gesundheit!

ÖVP, FPÖ und LiF gehen weiter: Der 1. Krankenstandspakt soll nicht mehr bezahlt werden, Anrechnung der Krankenstandstage auf den Urlaub, Verringerung der Krankengeldbezugsdauer um mehr Medikamenten und Erhöhung der Selbstversorgung. Das LiF fordert außerdem die Abschaffung der Pflichtversicherung. Alle bürgerlichen Politiker und die Unternehmerverbände haben eines gemeinsam: Sie wollen die Privatisierung des Gesundheitsbereiches. Die ÖVP verweigert die Selbstbe-

Selbstbehalte sind nichts als eine Schöpfaktion auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Höhere finanzielle Belastungen im Gesundheitsbereich - bei gleichzeitigem Sozialabbau und Reallohn-Kürzungen - führen zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes der arbeitenden Bevölkerung. Und die Privatisierung führt dazu, daß immer höhere Profite - finanziert vom Geld der ArbeitnehmerInnen - in den Sücken der Kapitalisten landen.

Widerstand jetzt!

Und die Gewerkschaften? Die Vertreter des ÖGB im Parlament haben dem Gesundheits-Sparkpaket allesamt zugestimmt. Aus der GPA und der Wiener SPÖ ist leiser verbaler Protest gekommen - aber ohne Konsequenzen. Die ÖGB-Spitze hat sogar ein eigenes Sparkpaket mit der Wirtschaftsammer erstellt.

Eines ist sicher: Dies war nicht das letzte Sparpaket im Gesundheitsbereich - die Forderungen der Kapitalisten gehen viel weiter. Wann werden die Gewerkschaften den Widerstand ernsthaft aufnehmen und für eine Verbesserung des Gesundheitswesens kämpfen?



Stimmenfang um jeden Preis

mergesprächen gezeigt: Diese sollen über die eigenen Erwartungen runterschrauben. Genau durch eine solche Politik wird die soziale Basis für AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus geschaffen.

Der SPÖ-Führung ist sich auch bewußt, daß Sozialabbau und Armut eine Basis für Rassismus sind. Aber ihre Lösung ist beschämend: Weg mit den "Ausländern"! So müssen die ausländischen KollegInnen für die verführte und rechte Politik der SPÖ-Führung als Sündenböcke herhalten!

Semperit

Kampfanekündigung wahr machen!

von Michael Gehmacher, SOV-Gewerkschaftssprecher

Spätestens als Conti bekanntgab, daß 4 Millionen PKW-Reifen in Zukunft in Ischeggen herstellen zu wollen, hätte man mit Betriebsbesetzung und Streik reagieren müssen. Statt dessen wurden Arbeitsplätze abgebaut. Vertreter des Betriebs meinen, daß die Leute ohnehin freiwillig kündigen werden um in den Genuß von Abfertigung und Sozialplänen zu kommen.

Den Beschäftigten ist kein Vorwurf zu machen, aber für ÖGB und SPÖ ist es beschämend, wenn sich Arbeiter wieder einmal als Retter von Arbeitsplätzen aufspielen kann. Schließlich hat er als SA-Chef Semperit an Conti verschoben. Sollte Conti wirklich Werk & Co verkaufen, ist geplant, daß die Belegschaft Anteile kauft.

Doch das ist kein taugliches Konzept gegen die internationalen Prozesse. Die Arbeiter wären Teilhaber bei einem international isolierten Werk und dürfen dafür noch mit ihrem hart erarbeiteten Geld zahlen. Es geht darum, gegen internationales Gegeneinanderauspielen, Lohnrückerei und Sozialabbau zu kämpfen. Ein Hauptpunkt dabei muß die Weigerung jedes Conti-Belegschafts, Produktion in andere Conti-Standorte zu übernehmen, sein.

In der Südtirolregion haben KPÖ, GLB, SOV, NÖ-Arbeitsloseninitiativen sowie verschiedene andere linke Gruppen ein Solidaritäts-Komitee gegründet. Die Unterschriftenaktion des ÖGB wird kritisch unterstützt. Der SOV-Vorschlag, den ÖGB durch eine breite Kampagne „Semperit - Kampf um jeden Arbeitsplatz“ unter Druck zu setzen, wurde abgelehnt. Die SOV wird sich natürlich trotzdem mit vollem Elan im Komitee einbringen.

Wir führen ein Gespräch mit einem Beschäftigten von Semperit.

Werkverträge

Ein sozialpolitischer Fortschritt?

Hunderttausende Beschäftigte arbeiten in Österreich bereits auf der Basis von Werkverträgen. Die Unternehmen ersparen sich dadurch Sozialabgaben und sämtliche Kosten, die durch einen Dienstvertrag anfallen.

Ab 1. Juli 96 unterliegen dienstnehmerähnliche Werkverträge und freie Dienstverträge der Sozialversicherung (30,7 % der Auftragssumme) werden sicherlich auf die WerkvertragsnehmerInnen abgewälzt.

Neue Gesetze schaffen Chaos und Unsicherheit. Die AK sagt: „Die Umhebung der Sozialversicherungspflicht ist eine der Quellen für Sozialmißbrauch und Privilegien und muß auf jeden Fall abgeschafft bleiben.“ Das ist richtig, aber was ist mit den vielen Ausnahmen, die auf Wunsch der Kapitalisten und der politischen Kaste eingeführt wurden? Die AK will als nächsten Schritt die Sozialversicherungsspflicht für alle Erwerbseinkommen, unabhängig von der Vertragsform, aufgrund derer die Leistung erbracht wird.

Auch wenn es durchgesetzt wird, daß alle Werkverträge und freien Dienstverträge der Sozialversicherungspflicht und einer Abzugssteuer unterliegen, bleibt der Unterschied zwar im folgenden Jahr rückertattet werden, aber trotzdem ist dies ein zinsloser Kredit an den Staat. Bei Großverdienern bewegt sich die Voraussetzung in der Höhe der Einkommensteuer und bedeutet daher keinen finanziellen Verlust. Nur: Die Realität war doch so, daß z.B. viele StudentInnen oder Leute, die am Existenzminimum leben müssen, oft ihre Einkünfte auf Honorarbasis nicht versteuert haben. Diese Abzugssteuer bedeutet daher einen empfindlichen Einkommensverlust. Natürlich ist es sinnvoll, daß z.B. beschäftigte StudentInnen auch kranken- und pensionsverschert sind. Doch man muß auch berücksichtigen, daß diese nun wirklich viel we-

niger verdienen, denn die Lohn für die Sozialversicherung (30,7 % der Auftragssumme) werden sicherlich auf die WerkvertragsnehmerInnen abgewälzt.

Die AK sagt: „Die Umhebung der Sozialversicherungspflicht ist eine der Quellen für Sozialmißbrauch und Privilegien und muß auf jeden Fall abgeschafft bleiben.“ Das ist richtig, aber was ist mit den vielen Ausnahmen, die auf Wunsch der Kapitalisten und der politischen Kaste eingeführt wurden? Die AK will als nächsten Schritt die Sozialversicherungsspflicht für alle Erwerbseinkommen, unabhängig von der Vertragsform, aufgrund derer die Leistung erbracht wird.

Auch wenn es durchgesetzt wird, daß alle Werkverträge und freien Dienstverträge der Sozialversicherungspflicht und einer Abzugssteuer unterliegen, bleibt der Unterschied zwar im folgenden Jahr rückertattet werden, aber trotzdem ist dies ein zinsloser Kredit an den Staat. Bei Großverdienern bewegt sich die Voraussetzung in der Höhe der Einkommensteuer und bedeutet daher keinen finanziellen Verlust. Nur: Die Realität war doch so, daß z.B. viele StudentInnen oder Leute, die am Existenzminimum leben müssen, oft ihre Einkünfte auf Honorarbasis nicht versteuert haben. Diese Abzugssteuer bedeutet daher einen empfindlichen Einkommensverlust. Natürlich ist es sinnvoll, daß z.B. beschäftigte StudentInnen auch kranken- und pensionsverschert sind. Doch man muß auch berücksichtigen, daß diese nun wirklich viel we-

niger verdienen, denn die Lohn für die Sozialversicherung (30,7 % der Auftragssumme) werden sicherlich auf die WerkvertragsnehmerInnen abgewälzt.

Die AK sagt: „Die Umhebung der Sozialversicherungspflicht ist eine der Quellen für Sozialmißbrauch und Privilegien und muß auf jeden Fall abgeschafft bleiben.“ Das ist richtig, aber was ist mit den vielen Ausnahmen, die auf Wunsch der Kapitalisten und der politischen Kaste eingeführt wurden? Die AK will als nächsten Schritt die Sozialversicherungsspflicht für alle Erwerbseinkommen, unabhängig von der Vertragsform, aufgrund derer die Leistung erbracht wird.

Wir führen ein Gespräch mit einem Beschäftigten von Semperit.



Extrawurst für Diehard

Stafa ist als Arbeiterkaufhaus gegründet und als Auswirkung der Konsumpleite von der Schließung bedroht. Damit verspricht nach AZ und Konsum ein weiteres Symbol der Arbeiterbewegung. Vorwärts sprach mit dem Betriebsratsvorsitzenden.

Kollege Sengels, wie sieht die Situation bei der Stafa aus?

Sengels: Die Stafa gehört zur Großgruppe, die früher zum Konsum gehörte. Der neue Großgruppeneigentümer hat nun beschlossen, uns bis Ende Dezember zu schließen. Der neue Eigentümer (Palmer, Wolford und GKK...) argumentiert mit den roten Zahlen der Stafa. Wobei auffallend ist, daß von den 3 Großgrupp-Kaufhäusern auf der Mariahilferstraße - Gemroß, Herzmannsky und Stafa - genau jenes geschlossen werden soll, bei dem das Gebäude selbst nicht dem Gemroß, sondern der BAWAG gehört. Von den 116 Gemroß-Angestellten, die bei der Stafa arbeiten, sind per Ende Juli 18 und per Ende August 13 zur Kündigung angemeldet. Diese Kündigungen werden derzeit beim Arbeits- und Sozialgericht angefochten. Mehr als die Hälfte der Belegschaft ist über 45 Jahre alt und 78 % der Belegschaft sind weiblich, d.h. die Chancen am Arbeitsmarkt sind für viele von uns sehr gering. Wir hatten am 8. Juli eine Betriebsversammlung, bei der die Stimmung sehr kämpferischer war.

Wie schaut die weitere Vorgangsweise der Betriebsrats aus?

S: Grundsätzlich wollen wir eine Spaltung zwischen Belegschaft und Kundschaft verhindern. Am 8. Juli warteten viele Kunden vor den verschlossenen Türen, bei den anschließenden Gesprächen zeigte sich, daß eine überwältigende Mehrheit der Kunden hinter der Stafa und ihrer Belegschaft steht. Als ersten Schritt haben wir uns daher zur

SEMPERIT



Maschinen im Werk „bewachten“. Ob es wirklich massiven Widerstand geben wird, hängt von der Unterstützung der Politiker ab, aber auch der Bevölkerung ab. Eine dauerhafte Lösung zur Sicherung des Standort es kann es nur durch gemeinschaftliche Vorgehensweise gegen die Pläne der Konzernführung geben. Vorwärts: Danke für das Gespräch.

Kaufhaus droht Schließung

Stafa muß überleben

Stafa ist als Arbeiterkaufhaus gegründet und als Auswirkung der Konsumpleite von der Schließung bedroht. Damit verspricht nach AZ und Konsum ein weiteres Symbol der Arbeiterbewegung. Vorwärts sprach mit dem Betriebsratsvorsitzenden.

Kollege Sengels, wie sieht die Situation bei der Stafa aus?

Sengels: Die Stafa gehört zur Großgruppe, die früher zum Konsum gehörte. Der neue Großgruppeneigentümer hat nun beschlossen, uns bis Ende Dezember zu schließen. Der neue Eigentümer (Palmer, Wolford und GKK...) argumentiert mit den roten Zahlen der Stafa. Wobei auffallend ist, daß von den 3 Großgrupp-Kaufhäusern auf der Mariahilferstraße - Gemroß, Herzmannsky und Stafa - genau jenes geschlossen werden soll, bei dem das Gebäude selbst nicht dem Gemroß, sondern der BAWAG gehört. Von den 116 Gemroß-Angestellten, die bei der Stafa arbeiten, sind per Ende Juli 18 und per Ende August 13 zur Kündigung angemeldet. Diese Kündigungen werden derzeit beim Arbeits- und Sozialgericht angefochten. Mehr als die Hälfte der Belegschaft ist über 45 Jahre alt und 78 % der Belegschaft sind weiblich, d.h. die Chancen am Arbeitsmarkt sind für viele von uns sehr gering. Wir hatten am 8. Juli eine Betriebsversammlung, bei der die Stimmung sehr kämpferischer war.

Wie schaut die weitere Vorgangsweise der Betriebsrats aus?

S: Grundsätzlich wollen wir eine Spaltung zwischen Belegschaft und Kundschaft verhindern. Am 8. Juli warteten viele Kunden vor den verschlossenen Türen, bei den anschließenden Gesprächen zeigte sich, daß eine überwältigende Mehrheit der Kunden hinter der Stafa und ihrer Belegschaft steht. Als ersten Schritt haben wir uns daher zur

Stafa hier gibt es aber derzeit kaum eine Annäherung. Außerdem gibt es viele Möglichkeiten, einige KollegInnen und Kollegen über den Wiener Arbeitnehmer-Förderungsfond (WAFF) und das Arbeitsmarktservice in andere Berufe umzuschulen.

Wie stellt ihr Euch eine Weiterführung des Kaufhauses vor?

S: Wir sind das Geld wert, das wir verdienen, und waren daher nie zu Kürzungen bei den Personalkosten bereit. Derzeit verdient eine Ganztagsverkäuferin bei uns ungefähr 85 12.000,- Euro. Wir wollen also bei gleichbleibendem Personalstand und gleichbleibenden Personalkosten den Umsatz steigern. Eine Überlegung ist, das Kaufhaus in Eigenregie der Belegschaft zu führen. Wir wissen selbst am besten, was unsere Kunden wollen. Wir haben oft das Problem, daß wir gewünschte Artikel nicht über den zentralen Gemroßkauf bekommen können. Wir müßten uns eine Einkaufsorganisation anschließen. Wir bräuchten ca. ein Jahr, um zu beweisen, daß wir die Stafa führen können.

W: Wie sieht es mit Kampfmaßnahmen aus?

S: Wir werden die Hände jetzt sicher nicht in den Schloß legen. Ideen für Aktionen gibt es genug. Außerdem wissen wir, daß ein Großteil der Kunden hinter uns steht.

Europäische Union

International gegen Sozialabbau



Es waren wohl richtungweisende Ereignisse, die den Ausdruck "französische Verhältnisse" zum Schreckgespenst bürgerlicher Politik und zum Symbol für Widerstand werden ließen. Ganz klar: Es gibt Gegenwehr gegen den EU-Sozialabbau a la Maastricht!

von Franz Breier jun.,
SOV-Regionalgruppe
Oberösterreich

Was sind die Hintergründe der jetzigen sozialen und wirtschaftlichen Situation, des Abbaus des Sozialstaates, des Abbaus von Arbeiter-schutzbestimmungen und des Protestes gegen diese Kennzeichen europäischer Politik? Die Räder des imperialistischen EU-Blocks greifen nicht so recht ineinander, wie es sich die Bürgerlichen vorstellen. Der Kapitalismus befindet sich weltweit in einer Niedrigphase.

Verelendungstendenzen

Eine relativ lange Zeitspanne - vom Ende der 40er bis in die Mitte der 70er Jahre - war der europäische Kapitalismus stabil und im wesentlichen durch einen Aufschwung gekennzeichnet, der durch keine scharfen Abwärtsbewegungen unterbrochen wurde. In dieser Zeit wurden der Wohlstand ausgebaut und große Zugeständnisse an die ArbeiterInnenklasse - oft sogar kampflös-

gemacht. Offensichtlich hat sich das Blatt gewendet: Der Gesamtrend geht seit 20 Jahren abwärts - selbst kleinere Abschwünge lassen die Arbeitslosenziffern und Defizite explodieren. Die Steuerleistung der Unternehmer sinkt ständig, und die Summe der Gesamtverschuldung steigt. Wachstum gibt es in erster Linie im nichtproduktiven Spekulationssektor durch die gewaltige Aufblähung des Kapital- und Aktienmarktes, während der größte Teil des industriellen Sektors sich in einer tiefen strukturellen Krise befindet. In Österreich werden hier z.B. mindestens 15.000 bis 20.000 Arbeitsplätze jährlich für immer vernichtet, der "Standard" nennt für die Zukunft sogar Zahlen von bis zu 100.000 Jobs. In einer klassischen Industrieregion wie der Steiermark bedeutet das, daß bereits fast jeder dritte Einwohner amutungslos ist. Die Arbeiterklasse ist in ganz Europa mit massivem Sozialabbau und wachsenden Verelendungstendenzen konfrontiert.

Globalisierung

Das aktuelle Schlagwort heißt

"Globalisierung". Sie soll ein „un- ausweichlicher, geradliniger“ Trend sein, der die Basis für einen neuen großen Wirtschaftsaufschwung schaffen soll. Doch obwohl die Weltwirtschaft nie vernetzter, die Arbeitsteilung nie fortschrittlicher, das ganze System nie globaler war, zwingen die Widersprüche der kapitalistischen Profitlogik zu imperialistischen Auseinandersetzungen. Denn neben der sogenannten "Globalisierung" bildeten sich im weltweiten Konkurrenzkampf drei Blöcke heraus - die EU, die USA/NAFTA und der asiatische Block unter Führung Japans. Diese "Regionalisierung" ist heute eine bedeutende Tendenz als die Globalisierung.

Teure Arbeitskräfte

In diesem Konkurrenzkampf hat das EU-Kapital im Vergleich zu NAFTA/USA und dem Japan-dominierten Asien-Block den "Standortnachteil": Teure Arbeitskräfte und eine auf die Profite drückende, von der ältesten ArbeiterInnenbewegung der Welt erkämpfte soziale Infra-

struktur. Diesen "Ballast" will es loswerden. Der Preis dafür bzw. das Risiko dabei ist, den "sozialen Frieden" der Nachkriegsära zu verlieren. Die EU und der Maastricht-Vertrag koordinieren die Angriffe auf den Lebensstandard der lohnabhängigen Massen!

Nach der Rezession '92/'93 weiß die EU-Bourgeoisie um die Gefahren, die eine zukünftige Krise in sich birgt. Die EU-Länder haben im Durchschnitt die höchsten Staatsverschuldungen seit 150 Jahren (mit Ausnahme der Kriegsperioden). Diese Schuldenberge binden einen großen Teil des Sozialprodukts, von dem v.a. das Finanzkapital profitiert. Der Wohlstandsaufbau und die sozialen Transferleistungen - um Banken und Spekulanten zu bedienen - werden attackiert. Die Bourgeoisie hat von ihrem Standpunkt aus vollkommen recht, Sozialabbau zu betreiben. Hier steckt der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Gegenwehr, Streiks und Demos sind die logische Reaktion. Wie man bald sehen wird, haben sich viele zu früh vom Klassenkampf verabschiedet! Diese Kämpfe gegen Bildungsklau, „Pensionsre...m“, Privatisierungen und allgemeinen Sozialabbau markieren den Wiedereintritt breiter Schichten der Werktätigen und mit ihr der Jugend in soziale und politische Auseinandersetzungen.

Die ruhigen Zeiten sind vorbei

Erste Anzeichen Richtung Frankreich 1995 gab es schon in den letzten 2-3 Jahren. Ob nun der Aussturz der Air-France in Frankreich selbst, der Generalstreik im öffentlichen Dienst Belgiens 1993, der Kampf der Esbjerg Busfahrer gegen die Privatisierung im Februar '95, SchülerInnen- und StudentInnenproteste in Schweden, Deutschland und Österreich, oder der Sturz der Berlusconi-Regierung im Herbst 1994 durch eine Demo- und Streikwelle! Sie alle zeigen: Die ruhigen Zeiten sind vorbei.

Gemeinsam kämpfen...

Die Kapitalisten können ihre Angriffe auf soziale Rechte und Errungenschaften nicht widerstands- und reibungslos durchführen. Doch das ist erst die Voraussetzung dafür, daß sie zu stoppen. Die nächste Frage ist: Wie Widerstand geleistet wird. Noch immer beschränkt er sich weitestgehend auf national begrenzte Proteste. Das Beispiel Semperli/Conti zeigt, daß gerade jetzt international vernetzter und organisierter Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals notwendig ist. Es muß der "Standortlogik", die ein sich gegenseitig Unterbieten bedeutet, durch Koordinierung der Proteste entgegengerettet werden.

Die Ereignisse der letzten Zeit werfen Fragen auf und fordern Schluß-

folgerungen ein, die elementar sind! Erstens die der Parteien: Welche Führungen haben die ArbeitnehmerInnen in ihrem Kampf? Die traditionellen Kräfte (hauptsächlich die Sozialdemokratie) sind es nicht mehr. Sie führen selbst in vielen Ländern die Kontroformen durch. Aber es entstehen "neue" Formen der Aktivierung und Organisation, denn ArbeiterInnen und Jugendliche suchen danach. Basiskomitees, oppositionelle Strömungen in den linken Gewerkschaften, kleine Parteien und Bündnisse sind mancherorts in durchaus fortgeschrittenem Stadium. Aber auch hier liegen die entscheidenden Schritte noch bevor: Nämlich sich gegen die meist sozialdemokratischen Apparate, die versuchen, den Protest von der Straße wegzubringen, durchzusetzen und konkrete Erfolge zu erzielen. Unser Ziel ist die Einheit der Linken. Letztlich die Voraussetzung zum Aufbau einer neuen sozialistischen Massenpartei! - international!

...für ein Europa der ArbeitnehmerInnen

Auch ist die derzeitige Qualität der Kämpfe - neben der objektiven Lage der gesamten ArbeiterInnenbewegung - wichtig: Der Widerstand richtet sich (noch) gegen die AUSWIRKUNGEN des Systems, jetzt die Maastricht-Konventionen, die als Vorwand für die Sozialdemontage gebracht werden. Man verteidigt den Sozialstaat, so noch etwas übrig ist gegen die Vollstrecker, die Unternehmer, bürgerliche oder "sozialdemokratische" Regierungen. Das Bewußtsein, daß die Ursache dafür die kapitalistische Profitwirtschaft ist, wächst langsam wieder



Fischer mit Häupl

heran. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus, einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft im Bewußtsein der ArbeiterInnenklasse und der Jugend zu verankern. Es gilt vor allem jetzt, dem Europa des Kapitals das Europa der ArbeitnehmerInnen und der Jugend gegenüberzustellen!

Die Ereignisse der letzten Zeit werfen Fragen auf und fordern Schluß-



Pariser ArbeiterInnen auf der Straße

Widerstand in Europa

Belgien:

In Belgien fanden in den letzten Jahren zwei Generalstreiks des öffentlichen Dienstes statt. Auch hier ist bereits enorme Militanz wahrzunehmen. So z.B. im LehrerInnenstreik im französischsprachigen Teil, der Wallonie. Gewerkschaftlich organisierte und Organisierte nahmen an den direkten Kämpfen teil, lokale Streikkomitees entwickelten sich, 27 landesweite Demos fanden statt. Am 2. April sollte das Parlament den Entwurf der Kürzungen im Schulwesen (rigide Streichungen der Mittel und ca. 3000 Entlassungen) verabschieden. ArbeiterInnen-LehrerInnen stellten Posten auf, die die Parlamentarier hindern sollten, ins Gebäude zu gelangen. Die Polizei griff brutal ein. Auch am 10. Mai wurden in Lüttich, bei einer 15.000 Mann/Frau-starken Demo, viele verletzt. Am ersten Mai vergrößerten wütende Metallarbeiter einen führenden Sozialdemokraten die Mai-Rede: Sie ließen ihn nicht auf das Podium!

Anstatt die Arbeitslosigkeit (in ganz Belgien 500.000) zu bekämpfen, läßt die SP-dominierte Regierung unter Premier Dabane die Polizei marschieren und herrscht mit erweiterter, Notstandsverordnungen gleichenden, Maßnahmen!

der EU durch mehrere Verträge verbunden ist. Im September 1995 zerfiel die Koalitionsregierung aus Christen-Partei DYP (Partei des rechten Weges) und der Republikanischen Volkspartei (CHP). Aber nicht wegen sachpolitischer Differenzen, sondern aufgrund vorhergegangener Massenstreiks der türkischen ArbeiterInnen! 350.000 öffentlich Bedienstete waren gleichzeitig auf den Straßen. Auch die Belegschaft der Restverstaatlichten, Hafenarbeiter etc. schlossen sich an! Man sagte dem neoliberalen Kurs, immensen Reallohnverlusten, Privatisierungsvorhaben und dem restlichen Sozialabbau den Kampf an! Erfolgreich. Bis heute sind die politischen, krisenbedingten Nachwehen für die herrschende Klasse in der Türkei nicht "ausgestanden". Das Regime in Ankara wird sich auch in Zukunft dem - weiter wachsenden - Widerstand der Bevölkerung gegenübersehen. Mit der Amtsübernahme durch die Wohlfahrtspartei verlor die Türkei aber eine der instabilsten Regierungen in ihrer Geschichte. Auch die wochenlangen Hungerstreiks von hunderten linken politischen Gefangenen haben ein deutliches Signal gesendet.

Schweden:

Die 1994 wieder an die Macht kommende sozialdemokratische SAP führte das Land weiter in den sozialen Ruin. Für den wirtschaftlichen, strukturellen Niedergang sorgt der Kapitalismus (nicht nur in Europa, sondern auch weltweit) ja selbst. Im ehemaligen Vorzeigemodell eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates schnelle die Arbeitslosigkeit rapide in die Höhe. Verarmung macht sich breit. Doch auch hier ta-



Eurosozialabbauer unter sich

größere soziale Explosionen bevorzugen. Die Rolle der derzeitigen Gewerkschaftsspitzen wird kurz- und mittelfristig entscheidend sein. Die geplante Stipendienkürzungen um ein Viertel, Streichung der Arbeitslosenzüge für Jugendliche unter 20 etc. führten an mehreren Aktionstagen in 50 Städten zu Auseinandersetzungen. Die Metallarbeitergewerk-

ena

schaft, LehrerInnen und Eltern erklären sich solidarisch. Die Pläne wurden damals zurückgezogen.

1995 weiteten sich die Bewegungen aus: Insgesamt fast eine Million Menschen, vor allem aus dem Niedriglohnbereich, streikten. Wütende Beschäftigte erkannten richtig: "Die SAP schaufelt ihr eigenes Grab!" Diese Kämpfe spiegeln sich auch zwischen und innerhalb der SAP und den Gewerkschaften wider. Es brechen immer stärkere Klüfte auf, die (linken) Gewerkschaftsflügel stehen in Opposition zum SAP-Kurs. 1996 fanden sich in Stockholm Demos gegen den Kahlschlag im Spitalswesen statt. Gegen die Pläne der SAP geführten Stadtregierung (20%ige Budgetkürzung, 6.000 Entlassungen) zeigten Tausende wieder einmal, daß

Frankreich:

Der bisherige Höhepunkt der Bewegung gegen EU-Sozialabbau war zweifelsfrei die Streikwelle in Frankreich im Spätherbst/Winter 1995. Die Kahlschlag-Pläne des konservativen Premiers Juppe brachten das Faß zum Überlaufen. Die Demos waren die größten seit dem Mai '68, mancherorts gar seit den Dreißigern. Dem jungen LehrerInnenprotest, Unmut unter den Eisenbahnern und auch der Air-France-Streik in der jüngeren Vergangenheit voraus. Obwohl es kein richtiger Generalstreik (nicht einmal ein läckenloses im öffentlichen Dienst) war, legte die Bewegung das Land und den Wirtschaftsablauf lahm! Die potentielle Stärke der ArbeiterInnenklasse ist eben heute (un)vorstellbar groß.

Die Sozialdemokratie hatte keinen Einfluß. Sie war gegen den Streik und für den Juppe-Plan. An vorderster Front standen die Gewerkschaften. Sie bildeten das organisatorische Rückgrat. Doch nur, weil die ArbeiterInnenklasse sich nicht für die Arbeitsteilung der Massen. Was aber nicht verwunderlich ist. Es fehlte die Kraft, die diese Perspektive bieten und umsetzen konnte, eine große ArbeiterInnenpartei, die klare Antworten und Ziele gibt! Die CGT gab nicht einmal die Lösung des Generalstreiks aus. Sie holte damit ungewollt oder nicht - für Juppe, Chirac und Co. die Kastanien aus dem Feuer. Aber es war keine Niederlage der ArbeiterInnen: Der Plan wurde vorläufig zurückgenommen, die Bourgeoisie wird diese Angriffe in der vollen Härte wieder starten. Und dann wird es für sie eng. Ein französischer Marxist sagte zu den Ereignissen: "Die Arbeiter selbst verstehen nach und nach die europaweite Dimension der Politik der Bourgeoisie. Und somit auch die europäische Dimension des Kampfes dagegen!" Und vor diesen Zeiten, wo der Ruf nach dem Generalstreik lauter werden wird, stehen wir. Nicht nur im Land des Eiffelturms!

gibt es Fraktionskämpfe zwischen rechten Bürokraten und kämpferischen Aktivisten. Erst als die KP-Gewerkschaft CGT im Dezember Zugeständnisse und Rückzüge der Regierung annahm, gelang es ihr, den Streik abzuschwächen zu lassen. Doch der überwiegende Großteil der Streikenden sah diesen Abbruch als "Einfrieren des Streiks", nicht als sein Ende! "Wir kommen wieder" war der Grundton.

Der Kampf geht weiter!

Der rote Winter war mehr als ein Warnschuß, blieb aber oben den darauffolgenden Frühling. Anders gesagt: Die Massen wollten, woGEGEN sie streikten, aber nicht woFÜR. Es fehlte die positive Alternative. Und zwar in den Köpfen relevanter Teile der Massen. Was aber nicht verwunderlich ist. Es fehlte die Kraft, die diese Perspektive bieten und umsetzen konnte, eine große ArbeiterInnenpartei, die klare Antworten und Ziele gibt! Die CGT gab nicht einmal die Lösung des Generalstreiks aus. Sie holte damit ungewollt oder nicht - für Juppe, Chirac und Co. die Kastanien aus dem Feuer. Aber es war keine Niederlage der ArbeiterInnen: Der Plan wurde vorläufig zurückgenommen, die Bourgeoisie wird diese Angriffe in der vollen Härte wieder starten. Und dann wird es für sie eng. Ein französischer Marxist sagte zu den Ereignissen: "Die Arbeiter selbst verstehen nach und nach die europaweite Dimension der Politik der Bourgeoisie. Und somit auch die europäische Dimension des Kampfes dagegen!" Und vor diesen Zeiten, wo der Ruf nach dem Generalstreik lauter werden wird, stehen wir. Nicht nur im Land des Eiffelturms!

Fußball - Rapid

Mit Rassismus gegen Gewalt

Vorwärts führte folgendes Interview über aktuelle Entwicklungen beim Verein Rapid mit Reini Ruzicka...

V: Die Krone hatte unlängst eine Schlagzeile - „Rapid kämpft gegen Türkenbelagerung“...

den Istanbuler Klub kann ich dazu nicht sagen. Aber davon geht die Gefahr aus, und das wird von den Rapidverantwortlichen immer ignoriert...



sinnige Summen. In den Stadien sollen „Freizeitparks“ eingerichtet werden - für jene, die es sich leisten können...

StudentInnen

„Frei“ fahrt

Durch das Sparpaket verlieren StudentInnen jeglichen Anspruch auf Freifahrt für Öffentliche Verkehrsmittel...

In eigener Sache

Wofür wir kämpfen

- Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!
Nein zur Spargpropaganda und Politik der Bürgerlichkeit!

- Entschlossener Kampf dem Rechtsruck. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen...

- Nein zur Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftspolitik der Unternehmlichkeit!

TERMINE

- 18.9.: „Maasricht - Pro und Contra“ mit Heinz Miko von der SPÖ-Bildung, Gewerkschaftsamtstisch
19.9.: „Eine Perspektiven für Europa?“ Ortsgruppe Wien Mitte
20.9.: „Warum die SOV wählen?“, Ortsgruppe Wien Nord

Ortsgruppen der SOV

- Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Ortsgruppen der SOV.
Café Spectrum 2; Arnezhofstr. 8
Ortsgruppe Wien Ost: jeden Montag 19 Uhr

Kampffonds aktuell



Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt...



Kanada Neue Sektion des CWI

Die internationale Organisation der SOV - das Komitee für eine Arbeiterinternationale - hat diesen Sommer Zuwachs bekommen...

Zypern 2065 Stimmen

Die letzten Parlamentswahlen dieses Jahres endeten mit einem Sieg der Kommunistischen Partei AKEL...

Australien Sturm aufs Parlament

Auch am anderen Ende der Welt wird gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten gekämpft. In Australien stürmten tausende Menschen mit roten Fahnen an der Spitze...

Jordanien Brod-Demo

Die jordanische Regierung hat, wie keine vernünftige Regierung tun sollte - sie strich die Stützungen für Brot...

Zypern

Blutiger Konflikt

Mitte August kam es zu neuerlichen Auseinandersetzungen auf Zypern. Doch warum kam es zu diesen Ausschreitungen?

von Karin Wottawa Ortsgruppe Wien Nord

Seit 1974 ist der Norden des Landes von türkischen Militäreinheiten besetzt. Die dort lebende türkische Bevölkerung setzt sich aus 60-100.000 türkischen Siedler und 30-40.000 türkischen Truppen zusammen...



Armee und Faschisten provozierten

Föderation ist die einzige Möglichkeit!
Das war ein Schritt in die richtige Richtung, denn die einzige Möglichkeit, die Auseinandersetzung bezulegen...

Frankreich

Staatsterror gegen Immigranten

Ist die ArbeiterInnenbewegung ausländerfeindlich und rechts? Diese These wurde von zeitgenössischen TheoretikerInnen in den letzten Jahren hinausposaunt...

Zypern

V: In Österreich haben wir viel gelernt die Bilder des brutalen Polizeieinsatzes gesehen.
RL: Ja, wir schätzen diesen Einsatz der berechtigten Spezialeinheit „CRS“...

Zypern

V: Was ist der Hintergrund der Ereignisse in Frankreich gegen diese Politik der Regierung?
RL: Vor drei Jahren wurden von der rechten Regierung die sogenannten „Pasqua-Gesetze“ erlassen...



Die Besetzer fanden breite Unterstützung bei den Franzosen

selbständig organisiert: Eigene VertreterInnen, Delegierte und Presarbeit. Sie haben damit einen enormen Druck lange standgehalten.
V: Wie geht es jetzt weiter und was machen wir in der Bewegung?
RL: Unmittelbar darauf folgten mehrere Massendemonstrationen...

Schluß mit der Diskriminierung!

In Zeiten wirtschaftlicher Krise, in Zeiten des „Sparens“ wird versucht, Frauen verstärkt in ihre „traditionelle“ Rolle zurückzudrängen. Dabei hatte die SPÖ im Wahlkampf 1995 noch einiges für Frauen übrig: „Wir werden nicht zulassen, daß Frauenrechte mißachtet werden“. Bald darauf wurde ein Sparpaket beschlossen, das für Frauen einiges an Einsparungen übrig hatte.

von **Claudia Sorger**,
SOV-Frauenstammtisch

Dabei ist die Situation auch ohne zusätzliche Einsparungen schon deprimierend genug.

Der Abstand der Löhne von Frauen und Männern hat sich in Österreich bloß geringfügig verkleinert. Im Jahr 1994 verdienten Arbeiterinnen monatlich durchschnittlich öS 12.800,- brutto; ihre männlichen Kollegen durchschnittlich öS 19.650,-. Bei den Angestellten ist der Unterschied noch extremer. Weibliche Angestellte verdienen durchschnittlich öS 17.300,- brutto, männliche Angestellte öS 28.200,-. 1994 verdienten noch 310.000 ArbeitnehmerInnen in Österreich weniger als öS 12.000,- brutto. Davon waren 195.000 Frauen (Teilzeitarbeitsplätze auf Normalarbeitszeit umgerechnet).

Gleichzeitig mit dem Sparpaket im März 1996 kündigte die Regierung eine „Beschäftigungsoffensive“ an. Doch die Maßnahmen des Sparpakets gehen genau in die entgegengesetzte Richtung.

Frauen: Mehr Arbeitslose...

In Zeiten von Rezession und Umstrukturierungen in den Betrieben sind Frauen - und nicht nur die schlecht qualifizierten - meist die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Im Juni 1996 lag die offizielle Arbeitslosenquote von Frauen mit 6,1 % deutlich über jener der Männer (4,8 %). Dazu kommt, daß Frauen länger arbeitslos sind und leichter aus der Statistik fallen. Frauen bekommen weniger Arbeitslosengeld und Notstandshilfe als Männer. Wenn der Ehemann zuviel verdient,

wird die Notstandshilfe gestrichen.

...weniger Unterstützung

Eine neue Regelung im Arbeitslosenversicherungsgesetz sieht vor, daß Personen, die bisher nur Teilzeit gearbeitet haben, jetzt auch einen Ganztags-Arbeitsplatz annehmen müssen. Ansonsten wird das Arbeitslosengeld gestrichen. Wer keine Betreuungseinrichtung für das Kind findet, hat so keine Chance auf Arbeit. Verschärft wird diese Situation durch die Kürzung der Karenzzeit von 24 auf 18 Monate. Beim Arbeitsmarktservice werden Frauen in Zukunft noch mehr unter Druck gesetzt, wenn durch laienhafte „psychologische“ Befunde geschlechtsspezifische Probleme herausgefunden werden sollen. Dazu zählen „Betreuungspflichten“ oder eine Ausbildung in „typischen Frauenberufen“. Auch hier droht Streichung der Notstandshilfe.

Bedarf an Haushaltshilfen?

Die SPÖ, vertreten durch Bundesgeschäftsführerin Gitti Ederer, zeigte den Frauen Frauenbeschäftigungsprogramme „der Zukunft“: Über „Dienstleistungsschecks“ vom Arbeitsmarktservice sollten zwar sozialversicherte, dafür äußerst preiswerte Haushaltshilfen angeheuert werden können. Dadurch könnten auch höherqualifizierte Frauen nach längerer Arbeitslosigkeit in derartige Jobs gedrängt werden. Der Vorschlag fand immerhin Unterstützung durch die SPÖ-Bundesfrauensekretärin Andrea Kunz, die laut eigener Aussage „den großen Bedarf an Haushaltshilfen aus ihrem Bekanntheitskreis“ kennt (zwei Fliegen mit einem Putzlappen?).

Heim und Herd?

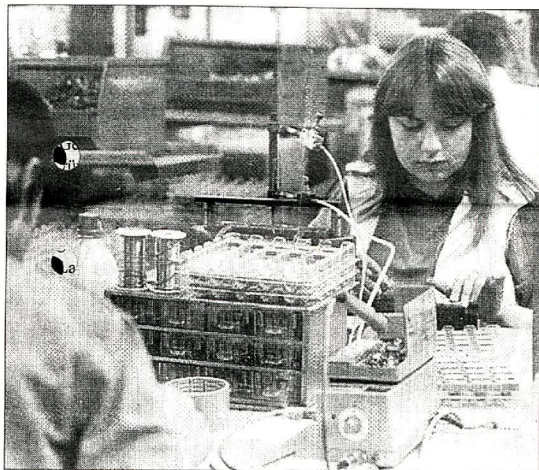
In der Familienpolitikdebatte kommt verstärkt zum Ausdruck, welchen Platz die Frau einzunehmen hat. ÖVP-Klubobmann Khol verweist Frauen immer wieder an ihren Platz zu Hause bei den Kindern. Gleichzeitig machte er sich stark für den gekürzten Karenzanspruch bei Alleinerzieherinnen.

Im EU-Parlament will Karl Habsburg mit „Tugenden wie Treue, Liebe, Glaube, Anstand und Scham“ die Familie erhalten. Er tritt auch, so wie Khol, für ein Familiensplitting-Steuermodell ein, das im Gegensatz zur Individualbesteuerung das gesamte Familieneinkommen besteuern soll. Die Auswirkung davon wäre, daß Frauen trotz generell niedrigeren Löhnen dann mehr Steueraufkommen hätten, da die Steuer zwischen den Ehepartnern aufgeteilt würde. Das würde zu einer größeren finanziellen Abhängigkeit der Frauen von den Männern führen.

Kein Wunder, daß dieses Steuermodell auch von der FPÖ vehement eingefordert wird. Jörg Haider findet in seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine“ deutliche Worte zur Rolle der Frau in der Gesellschaft. Seiner Meinung nach sollten Frauen verstärkt der ihnen biologisch zugedachten Rolle als Mutter nachkommen, denn „die feministische Illusion von der Selbstverwirklichung der Frau und Mutter im Beruf hat sich als verhängnisvoller Irrtum erwiesen.“

Gleichbehandlung?

In all dem spiegelt sich ein europaweiter Trend wieder. Gleichbehandlung zählt in der EU nur dann, wenn sie der Wirtschaft zugutekommt, wie etwa bei der Aufhebung des Nacht-



Frauen: Immer noch weniger Lohn für gleiche Arbeit!

arbeitsverbotes. So hat der EG-Ministerrat zwischen 1975 und 1986 fünf Richtlinien zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern erlassen. Die reale Entwicklung: Das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern hat in den EU-Staaten nicht ab-, sondern zugenommen. In den meisten Mitgliedsländern beträgt das Einkommen der Frauen drei Viertel des männlichen Verdienstes.

Frauen werden verstärkt gesellschaftlichem Druck ausgesetzt, der in vielen Fällen verhindert, daß sich Frauen zur Wehr setzen. Wer Angst hat, den Arbeitsplatz zu verlieren und zusätzlich noch mit konservativer Ideologie in eine bestimmte Rolle gedrängt wird, nimmt selbst die gesetzlich verankerten Schutzbestimmungen zuwenig in Anspruch (wie z.B. den Gang zur Gleichbe-

handlungskommission).

Heim an den Herd?

Es ist notwendig, aufzuzeigen, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Situation der Frauen hat. Frauen werden verstärkt von Männern abhängig gemacht, und in Zeiten wirtschaftlicher Krise werden Frauen und Männer gegeneinander ausgespielt. Steigende Arbeitslosigkeit, fehlende Kinderbetreuung und weitere Einsparungen werden dadurch „gelöst“, daß Frauen an „ihren“ Platz an Heim und Herd zurückverwiesen werden. Dagegen müssen wir uns wehren und organisieren! Mit dem „SOV-Frauenstammtisch“ wollen wir uns für unsere Interessen stark machen!

1. Veranstaltung des Frauenstammtisches:

„Zurück an Heim und Herd? - Frauen in der EU“
Sa 14.9. ab 15 Uhr im Siebenstern (7, Siebensterngasse 31) mit Diskussion, Kabarett, Musik